

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 495

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1247

### **Richtervorbehalt im Ermittlungsverfahren**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Die StPO legitimiert zahlreiche strafprozessuale Grundrechtseingriffe, um den Sachverhalt einer Straftat gründlich ermitteln zu können. Um zu gewährleisten, dass die kollidierenden Interessen - Schutz individueller Rechte und Wahrheitsermittlung - rechtmäßig abgewogen werden, ist die Anordnung vieler strafprozessualer Grundrechtseingriffe einem Richter vorbehalten. Jedoch besteht für viele Maßnahmen eine Ausnahmekompetenz bei Gefahr im Verzug für Staatsanwälte und ihre Ermittlungspersonen im Sinne des § 152 Absatz 2 GVG. Dabei droht der Rechtsschutzmechanismus in Form des Richtervorbehalts ausgehöhlt zu werden, indem das Regel-Ausnahme-Verhältnis zu Gunsten der Strafverfolgungsbehörden in der Praxis umgekehrt wird. Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.03.2019 (Az.: 2 BvR 675/14) müsse ein Ermittlungsrichter tagsüber (zwischen 6 und 21 Uhr) uneingeschränkt erreichbar sein, um den Verpflichtungen des Artikel 13 GG gerecht zu werden. Darüber hinaus ist ein nächtlicher Bereitschaftsdienst einzurichten, bei einem Bedarf, der über den Ausnahmefall hinausgeht.

Frage 1: In wie vielen Fällen wurden in den letzten fünf Jahren in Brandenburg Maßnahmen nach der StPO, die grundsätzlich einem Richtervorbehalt unterliegen, durch Staatsanwälte bzw. durch Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft angeordnet?

Zu Frage 1: Eine statistische Erfassung der einem Richtervorbehalt unterliegenden Maßnahmen nach der Strafprozessordnung (StPO), die durch Staatsanwälte bzw. ihre Ermittlungspersonen wegen Gefahr im Verzug angeordnet wurden, erfolgt weder bei den Staatsanwaltschaften noch bei der Polizei des Landes Brandenburg.

Frage 2: In wie vielen Fällen wurden in den letzten fünf Jahren in Brandenburg Maßnahmen nach der StPO durch einen Richter angeordnet?

Zu Frage 2: Soweit die Frage im Zusammenhang mit der Vorbemerkung darauf abzielen sollte, wie viele einem Richtervorbehalt unterliegende strafprozessuale Maßnahmen ein Richter angeordnet hat, liegen insoweit keine umfassenden statischen Daten vor, d. h. es erfolgt keine Erfassung sämtlicher durch einen Richter angeordneter Maßnahmen. Eine statistische Erfassung von strafprozessualen Maßnahmen, die einem Richtervorbehalt unterliegen, erfolgt allerdings für Maßnahmen nach § 100a StPO (Telekommunikationsüberwachung), § 100g Abs. 1 StPO (Erhebung von nach § 96 TKG gespeicherten Verkehrsdaten)

Eingegangen: 10.06.2020 / Ausgegeben: 15.06.2020

sowie § 100c StPO (Akustische Wohnraumüberwachung) und seit dem Jahr 2018 auch für Maßnahmen nach § 100g Abs. 2 StPO (Erhebung von nach § 113b TKG gespeicherten Verkehrsdaten) und § 100g Abs. 3 StPO (Funkzellenabfrage). Seit 2019 werden auch On-line-Durchsuchungen gemäß § 100b StPO gesondert statistisch erfasst. In der statistischen Erfassung wird zwischen der Gesamtzahl der Ermittlungsverfahren und der einzelnen - dem Richtervorbehalt unterliegenden - Anordnung unterschieden.

Die Anzahl der im Land Brandenburg geführten Verfahren nach § 100a Abs. 1 StPO, in denen in den Jahren 2015 bis 2019 Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung angeordnet worden sind, sowie die Anzahl der Überwachungsanordnungen ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Anzahl der Verfahren</b> , in denen im Berichtsjahr Maßnahmen nach § 100a Abs. 1 StPO angeordnet wurden	122	113	86	101	76
<b>Anzahl der Überwachungsanordnungen</b> nach § 100a Abs. 1 StPO	314	288	226	261	136

Die Anzahl der im Land Brandenburg geführten Verfahren, in denen in den Jahren 2015 bis 2019 Maßnahmen der Verkehrsdatenüberwachung nach § 100g Abs. 1 StPO (Erhebung von nach § 96 TKG gespeicherten Verkehrsdaten) durchgeführt bzw. angeordnet worden sind, sowie die Anzahl der Anordnungen stellen sich wie folgt dar:

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Anzahl der Verfahren</b> , in denen im Berichtsjahr Maßnahmen nach § 100g Abs. 1 StPO durchgeführt wurden	198	269	255	93	90
<b>Anzahl der Anordnungen</b> zur Erhebung von Verkehrsdaten nach § 100g Abs. 1 StPO	279	353	386	118	108

Die Anzahl der im Land Brandenburg geführten Verfahren, in denen seit dem Jahr 2018 Maßnahmen nach § 100g Abs. 2 StPO (Erhebung von nach § 113b TKG gespeicherten Verkehrsdaten) und § 100g Abs. 3 StPO (Funkzellenabfrage) durchgeführt bzw. angeordnet worden sind, sowie die Anzahl der Anordnungen ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	2018	2019
<b>Anzahl der Verfahren</b> , in denen im Berichtsjahr Maßnahmen nach <b>§ 100g Abs. 2 StPO</b> durchgeführt wurden	8	7
<b>Anzahl der Anordnungen</b> zur Erhebung von Verkehrsdaten nach <b>§ 100g Abs. 2 StPO</b>	9	7
<b>Anzahl der Verfahren</b> , in denen im Berichtsjahr Maßnahmen nach <b>§ 100g Abs. 3 StPO</b> durchgeführt wurden	16	12
<b>Anzahl der Anordnungen</b> zur Erhebung von Verkehrsdaten nach <b>§ 100g Abs. 3 StPO</b>	17	12

Im Land Brandenburg sind in den Jahren 2015 bis 2019 keine Maßnahmen der akustischen Wohnraumüberwachung nach § 110c StPO durchgeführt worden. Online-Durchsuchungen nach § 100b StPO wurden im Jahr 2019 ebenfalls nicht durchgeführt.

Auf der Grundlage der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldsachen (StP/OWi-Statistik) werden in der Kategorie „Einzelne richterliche Anordnungen (Gs)“ unter dem Punkt „sonstige richterliche Maßnahmen“ sämtliche richterliche Untersuchungshandlungen, mit Ausnahme richterlicher Entscheidungen im Zusammenhang mit der Untersuchungshaft, der Vermögensabschöpfung oder internationalen Rechtshilfe, statistisch erfasst (bspw. neben Anordnungen, die im Sinne der Vorbemerkung dem Richtervorbehalt unterfallen, auch Privatkldagesachen, Anträge auf Augenscheinnahme, richterliche Vernehmungen, richterliche Zustimmung zur Abstandnahme von der Erhebung der öffentlichen Klage). Die Anzahl der diesbezüglichen Maßnahmen stellt sich für die letzten fünf Jahre wie folgt dar:

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Sonstige richterliche Maßnahmen</b>	11.934	11.947	12.567	12.397	12.271

Frage 3: In wie vielen Fällen wurden Maßnahmen nach der StPO, die - abweichend von dem Richtervorbehalt - von der Staatsanwaltschaft angeordnet wurden und einer gerichtlichen Genehmigung binnen drei Tagen bedürfen, anschließend von dem Gericht bestätigt bzw. nicht bestätigt?

Zu Frage 3: Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Frage 4: Was waren die häufigsten Gründe dafür, dass Gefahr im Verzug bestand? Wie ist der nächtliche Bereitschaftsdienst für Ermittlungsrichter ausgestattet?

Zu Frage 4: Eine statistische Erhebung der Gründe für die Annahme von Gefahr im Verzug durch die Strafverfolgungsbehörden erfolgt ebenso wenig wie über die Anzahl entsprechender Anordnungen. Es dürfte sich regelmäßig um Fälle des drohenden Beweismittelverlustes bei Zuwarten auf eine Entscheidung des zuständigen Richters handeln. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeitskonzentrationen (Gerichtszuständigkeitsverordnung - GerZV) regeln die nach § 22c Abs. 1 Satz 4 und 5 GVG zuständigen Gerichtspräsidien nach Maßgabe des § 21e GVG die Ausgestaltung des Bereitschaftsdienstplans, insbesondere die Bereitschaftsdienstzeiten. Ihnen obliegt die Prüfung, ob ein Bedarf für einen ermittelungsrichterlichen nächtlichen Bereitschaftsdienst besteht. Sie entscheiden nach pflichtgemäßem Ermessen in eigener Verantwortung. Sofern ein nächtlicher Bereitschaftsdienst eingerichtet ist, sind die Richterinnen und Richter mit Handys und Laptops ausgestattet.